

Saale-Beitung.

Anzeigen

werben die Spaltbreite ober dem Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, nach unferem Anzeigenschein und allen Anzeigen-Expeditoren angenommen.

Erstbeten zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. (Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2 50 M., bei zweimonatlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Für die Redaktion verantwortlich: Fern. Jordan in Halle. (Fernsprechverbindung mit Berlin, Potsdam, Magdeburg &c.)

Fünfundzwanzigster Jahrgang.

Nr. 272.

Halle a. d. Saale, Montag den 26. Oktober

1891.

Befestigungen

auf die Saale-Zeitung für die Monate November und Dezember werden von allen Reichspostämtern zu dem Preise von 2 M. angenommen. Die Saale-Zeitung wird nach außerhalb ohne Ausnahme täglich zweimal mit dem zunächst in Frage kommenden Blatte versandt.

Deutsches Reich.

Berlin, 25. Okt. Der Kaiser begab sich am Freitag nachmittag zu Wagen nach der Potsdamer zur Weihnachtsfeier auf dem dort am stattfindenden Vorbesuch. Die Kaiserin war mit den drei ältesten kaiserlichen Kindern eine Weltreise...

Kaiserin Geburtag also viel Haare verloren. Die Kaiserin war übrigens, wie das hier schon gleich zu Anfang der neuen Parität mitgeteilt worden, durchaus keine Freundin des Volkstheaters. Von vornherein bestimmte sie ihren hohen Gemahl, ihr zu Liebe davon abzusehen und wieder den Schmutz vor ihr zu bringen.

Berlin, 25. Okt. (Eigenbericht.) Von Ultena kommend, ist heute der kommandierende General des IX. Armeecorps Graf Waldersee hier eingetroffen.

Die Nordb. Allg. Ztg. schreibt zu dem Abschluß des Handelsvertrages mit Italien:

Man darf vertrauen, daß wenn die Verträge publik sein werden, wenn die Mächte der wirtschaftlichen Praxis ihr Urteil über den Inhalt der Handelsverträge abgegeben in der Lage sein und abgeben werden, daß dann auch jene Befürchtungen, welche durch die Bestimmung theoretischer Standpunkte hervorgerufen waren, dann, wenn die Interessen des Wirtschaftlichen erst kenntlich von dem Inhalte der Verträge haben, dann wird es ausfallen sein, mit Sophismen in Stimmung gegen die handelspolitische Aktion machen zu wollen, in der Art, wie es z. B. eine in diesen Tagen viel besprochene Broschüre („Wortführer aus dem Bismarck'schen Lager“)

Das weitere offizielle Telegraphenbureau meldet über den Stand der Handelsverträge-Verhandlungen mit Serbien: Auf Anregung Serbiens zur Eröffnung der Verhandlungen über die österreichisch-ungarische Regierung die serbische Regierung ist, die Verhandlungen nach München zu verschieben und hielt hieran fest, da für die Verhandlungen bestimmten Bevollmächtigten Österreich-Ungarns gegenwärtig in München gebunden sind.

Die Vollendung des Kolonialrats am Sonnabend wurde durch den Vorsitzenden v. Röll. Geh. Legationsrat Dr. Kapfer eröffnet. Es wurde sofort in Beratung der Zollordnung für Deutsch-Ostafrika eingetreten, wozu ein Entwurf des Auswärtigen Amtes, welcher die Billigung des Gouverneurs in Ostafrika gefunden hatte, und ein in einzelnen Punkten noch abweichender Entwurf der niedrigersten Kommission des Kolonialrats vorlag.

Nach einem Berliner Telegramm einer lemberger Zeitung soll der Abgeordnete Proff Dr. v. Jazdzewski zum Erzbischof von Posen-Gnesen ernannt sein. Ob die Lösung dieser Personfrage, meint die „Nord. Allg. Ztg.“, in der That schon so weit vorgeschritten ist, wissen wir nicht; wenn aber die „Post“ ebenso wie politische Blätter in Posen an der Wahrheit obiger lemberger Nachricht zweifelt, so bewegen sich diese Voraussetzungen insofern in falscher Richtung, als in der That, wie wir hören, die Belegung des posener Erzbischofs durch einen Prälaten polnischer Abstammung in Aussicht steht.

Die Mitereinführung des Befähigungsnahebes für das Baugewerbe ist bei einer von dem Reichsanwalt veranlaßten Rundfrage von der großen Mehrheit der Regierungen abgelehnt worden. So hat nach einer dem „Allg. bair. Handwerkerztg.“

Abgeben gemachten Mitteilung Unterstaatssekretär v. Rosenfeld in Berlin abgehaltenen Handwerker-Konferenz mitgeteilt. Seit Aufhebung des Befähigungsnahebes ist ein Rückgang in den Leistungen bei der Ausführung von Staatsbauten überhaupt nicht eingetreten, bei Privatbauten im allgemeinen auch nicht. Bei den letzteren wird sich vielfach die Spekulationslust als ein Grund milderer Leistungen geltend. In der Redeführung sei eine beachtliche Unzufriedenheit hinsichtlich der Frage nach der zivil- und strafrechtlichen Verantwortlichkeit der Bau-Unternehmer eingetreten.

Außer den auf die Krankenversicherung und das Telegraphenwesen bezüglichen Vorlagen der verbundenen Regierungen ist dem Reichstage auch dem letzten Tagungsabschlusse noch noch ein anderer, aber für die Reichsregierung wichtiger, zur Erledigung verbleibender der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften. Die Vorlage verhandelt über die Unterstützung einer vom Reichstage im Mai 1886 angenommenen Resolution. Sie ist bereits am 8. Mai d. J. zur ersten Lesung gelangt. Die Debatte hat sich zwar bei der damaligen Geschäftsverhandlung des Hauses nicht umfassend gestalten können, ließ jedoch auch zu erkennen, daß die Vorlage nicht ohne Änderungen zur Annahme gelangen dürfte.

Das neueste Armeeverordnungsblatt macht die Bestimmung bekannt, nach welcher im Bezirk des 7. Armeecorps verheiratete einjährige Landwehrbezirke unter die Kavallerie- und Feldartillerie-Verbindungen gestellt werden sollen.

Den Landtagsparlamenten soll einer Statutenkommission von 15. d. zugelegt werden, welche nach einer Untersuchung über die allgemeine Gerichtsbarkeit, worunter mindestens zwei Jahre als Ordentliches das Tragen eines silbernen Vorreizes aus Pflichterfüllung gelistet werden dürfen.

Die Einberufung der Generalynode auf den 10. Nov. kann als feststehend angesehen werden. Die Bestimmung der Einberufung wird dem Vernehmen nach in den ersten Tagen nächster Woche erfolgen.

Der Reichstag „folgte“ in verschiedenen Kreisen des Reichstages, daß der Reichstag die Reichliche Staatsguldendruck auf jetzt nur vier- und dreieinhalbprozentige Preussische Kontols gegeben seien. Diese Annahme ist unwahrscheinlich, auch bezweifelhaft. Preussische Kontols werden schon seit dem 1. Juli d. J. an jedem Geschäftstage von dem Staatsguldendruck (Berlin SW, Oranienstr. 204) nach Maßgabe der erstens abgenommenen Vorschriften zur Eintragung in das Schuldbuch angenommen. Es ist dies in der I. B. veröffentlichten Bekanntmachung der Hauptverwaltung der Staatsguldendruck vom 1. Juli 1891 ausdrücklich ausgeprochen. Nur in betreff der Reichsguldendruckungen und deren Umwandlung in Bankforderungen bleibt noch durch kaiserliche Verordnung der Termin zu bestimmen, mit welchem das Gesetz vom 1. Mai 1891, betreffend das Reichsguldendruck, in Kraft tritt. Diese Bestimmung wird voranschicklich getroffen werden, sobald der Bundesrat die Ausführungsbestimmungen zu dem letztgenannten Gesetz erlassen hat.

An dem unangenehm erörterten Erfolg hat der Fortbildungsausschuss in Danzig bei der Handelsminister die Einführung des Schulgesetzes durch Dr. Krüskat als absolut notwendig bezeichnet und für den Fall, daß die städtischen Behörden auf ihrem abweisenden Standpunkt verbleiben, mit der Aufhebung der hiesigen Kants- und Gemeindefunktion und der Vermeidung der Gefahr punkten anderer Städte gedroht. Unter diesen war auch Bromberg genannt. Wie jetzt gemeldet wird, hat der Magistrat zu Bromberg abgelehnt, das zur Einführung des Fortbildungsschulgesetzes in der Gewerbetreibendenvereinsnovelle vorbereitete Dr. Krüskat zu erlassen.

Sevras Albrecht von Bärenberg ist im Auftrage des Königs nach Berlin, Petersburg und Wien abgereist, um den dortigen Höfen das Rotationsdirektorat über den Regierungstritt des Königs Wilhelm II. zu überreichen.

Wie die „A. V.-Ztg.“ meldet, ist als Nachfolger des verstorbenen Grafen v. Batten als Gesandter in Washington der jetzige deutsche Gesandte in Japan, v. Sollden, in Aussicht genommen.

Brandenburg, 24. Okt. Bei der Landtags-Eröffnung hat den Redenden die Rede des Regierungsrats v. Batten aus dem Reichstag, Staatsrat v. Batten, Landtagsrat wurde der Rittergutsbesitzer v. Bredow zu Sandin (Ludwigsdorf) mit 21 Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat Hugo Sinz (Deutsch-Freistadt) aus Berlin erhielt 189 Stimmen.

Berlin, 25. Okt. (Eigenbericht.) Der öffentliche Gustich des Kaisers, sich den Volkstheater zum Gedächtnis seiner hohen Gemahlin abnehmen zu lassen, hat unter den männlichen Mitgliedern des Hofstaates eine Art Revolution hervorgerufen. Sehr viele Herren hatten nämlich, das Beispiel des Monarchen nachahmend, ebenfalls den Schmutz mit dem Volkstheater verstanden. Man weiß, wo der letztere kam über das erste, umföhrliche Entwicklung haben sie, gilt es, im wieder dem Akademie zu öffnen. Alle diese Schritte haben bei der





